



## BESCHLUSS

---

# SOLIDARITÄT DER BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN GRÜNEN MIT DEN BILDUNGSPROTESTEN IM BOLOGNA-RAUM

Die Landesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg erklärt ihre Solidarität mit den protestierenden StudentInnen und SchülerInnen und mit den von Österreich ausgehenden europaweiten Protesten gegen die Missstände in den Bildungssystemen. In Baden-Württemberg wurden nicht nur - zum zweiten Mal im Jahr 2009 - in einem Akt des zivilen Ungehorsams an mehreren Hochschulen und fast allen Universitäten Räume besetzt und Veranstaltungen bestreikt, sondern es sind in diesen Tagen auch mehr als 20.000 SchülerInnen und Studierende für bessere Bildung auf die Straße gegangen.

Die Forderungen nach einem sozial gerechteren und freieren Zugang zu Bildung und nach mehr Mitsprache der StudentInnen und SchülerInnen finden unsere volle Unterstützung.-Die Protestierenden beanstanden völlig zu Recht die Erhebung von Studiengebühren in Baden-Württemberg, die finanzielle Unterausstattung der Hochschulen und die nicht zuletzt daraus resultierenden schlechten Studienbedingungen. Ein großer Kritikpunkt ist die Umsetzung der Bologna-Reformen. Bei der Umsetzung des Bolognaprozesses werden StudentInnen vielfach mit verschuldeten und überfrachteten Bachelorstudiengängen konfrontiert, deren Arbeitsbelastung die Lebensrealität vieler Studierender komplett ignoriert. Dies gilt besonders für Studierende, die zur Finanzierung ihres Lebensunterhalts, neben dem Studium arbeiten müssen. Gleichzeitig steigt der Prozentsatz derer, die psychologische Hilfe suchen, weil sie dem Druck der Anforderungen nicht mehr standhalten können. Politisches oder gesellschaftliches Engagement, welches der Stärkung einer aktiven und kritischen BürgerInnengesellschaft dient, ist für viele Studierende trotz Interessens zeitlich nicht mehr machbar.

Zusätzlich verschärfend wirken die vorgeschriebene Selektion beim Übergang von Bachelor zu Master und die Einführung von Studiengebühren. Für uns Grüne ist der Zugang zu Bildung und Weiterbildung ein wichtiges Element der Chancengerechtigkeit.-Ein solches ungerechtes und selektives Bildungssystem verspielt Zukunftschancen: die Chancen aller Kinder und Jugendlichen auf Bildung, Entwicklung und gesellschaftliche Teilhabe. Deswegen lehnen wir diese Hürden ab.

In diesem Kontext steht auch die berechtigte Forderung der Schülerinnen und Schüler des Landes nach einer Korrektur des zu stark auf Leistung getrimmten Turbo-Abiturs (G8) und für längeres gemeinsames Lernen. Ziel zukunftsgerichteter Bildungspolitik muss eine echte individuelle Förderung sein.

Schon lange äußern SchülerInnen, StudentInnen, Gewerkschaften und Verbände - wie auch wir - Kritik angesichts der Zustände im baden-württembergischen Bildungssystem. Doch ihre Anliegen und Verbesserungsvorschläge verhallen ungehört. Wir stellen fest: Die Bildungspolitik ist eine schwarz-gelbe Misere, für die die CDU-geführte Landesregierung mit Wissenschaftsminister Peter Frankenberg und die CDU-Bundesforschungsministerin und ehemalige baden-württembergische Kultusministerin Annette Schavan die Verantwortung tragen. VertreterInnen der CDU und FDP mögen zwar rhetorisch stark sein, wenn es um Bildungsgipfel und ähnliches geht - eine echte Bildungsoffensive fehlt jedoch bis heute.

---

Für bessere Bildung in Baden-Württemberg ist es deshalb dringend notwendig,

- das dreigliedrige Schulsystem durch die 9-jährige Basisschule zu ersetzen;
- echte Ganztageschulen mit ausgereiften pädagogischen Konzepten und zusätzlichen kulturellen Angeboten einzuführen, statt die Schülerinnen und Schüler 10 Stunden Unterricht fast am Stück absitzen zu lassen, wie dies beim G8 häufig der Fall ist - dazu ist jedoch auch mehr Lehrpersonal als heute notwendig;
- die Bachelor- und Masterstudiengänge im Land unter intensiver Einbeziehung der Studierenden grundlegend zu reformieren;
- dafür Sorge zu tragen, dass die reformierten Bachelor- und Master-Studiengänge den Studierenden mehr individuelle Freiheit in der Studiengestaltung ermöglichen - beispielsweise Auslandsaufenthalte und Praxissemester zu erleichtern, statt sie durch Verschulung und übermäßige Modularisierung zu erschweren;
- allen Bachelor-AbsolventInnen Zugang zum Master-Studium zu gewähren;
- in ausreichender Zahl und ohne Vorauswahl bestimmter Fächer zusätzliche Studienplätze zu schaffen;
- die Studiengebühren wieder abzuschaffen und eine nachhaltige Hochschulfinanzierung sicherzustellen - bisher liegt Deutschland mit 4,8 Prozent Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt deutlich unter dem OECD-Schnitt von 6% .Wir fordern eine Erhöhung der Ausgaben auf 7% für die zielgerichtete Verbesserung von Lehre und Betreuung;
- eine elternunabhängigen Bildungsförderung für alle Studierenden, SchülerInnen und Auszubildenden einzuführen, statt nur einer kleinen Gruppe an Studierenden ein Stipendium zukommen zu lassen, wie es im Koalitionsvertrag zwischen Union und FDP vereinbart ist;
- in Baden-Württemberg endlich wieder eine verfasste Studierendenschaft einzuführen, um so eine ernsthafte Mitsprache der Studierenden zu ermöglichen.

Bildung muss sich wieder stärker an den individuellen Interessen und Fähigkeiten der einzelnen Menschen orientieren und darf nicht nur unter ökonomischen Kriterien betrachtet werden. Investitionen in die Bildung dürfen gerade in dieser Situation kein reines Lippenbekenntnis sein, deshalb müssen höhere Bildungsinvestitionen Priorität vor Steuersenkungen haben. Das Mitwirkungsverbot für den Bund in der Bildungspolitik als Ergebnis der Föderalismusreform I erweist sich heute als Hindernis für einen gemeinsamen Einsatz von Bund, Ländern und Kommunen für eine bessere Bildung.

Wir werden uns auf allen politischen Ebenen für diese Ziele einsetzen, denn für uns ist der Zugang zu Bildung eine zentrale Gerechtigkeitsfrage - in der Schul- wie in der Hochschulpolitik. Daher finden wir es richtig und konsequent, dass nicht nur an den Hochschulen protestiert wird, sondern dass auch Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrende sich an diesen Protesten beteiligen.

Wir wünschen den Teilnehmenden an diesem Bildungsstreik einen langen Atem. Wir erklären uns solidarisch und fordern eine politische Auseinandersetzung mit den legitimen Forderungen des Protests statt mit Strafverfahren und der Räumung von Hörsälen durch die Polizei zu reagieren.